

Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
am 1. und 2. April 2022

Antrag der Ausschüsse Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Ökumene,
Mission und Dialog betr. den Krieg gegen die Ukraine

Die Landessynode möge das „Wort der Landessynode der EKBO zum Krieg gegen die Ukraine“ beschließen:

Wort der Landessynode der EKBO zum Krieg gegen die Ukraine

Es ist Krieg in Europa. Präsident Putin und sein Regime haben einen menschenverachtenden Angriffskrieg auf das ukrainische Nachbarland befohlen. Sie drohen den Völkern dieser Welt mit Nuklearwaffen, sollten andere militärisch eingreifen, um die Zivilbevölkerung zu schützen oder die territoriale Integrität der Ukraine zu verteidigen. Schon mit der Annexion der Krim 2014 und der anschließenden Besetzung des Donbass durch russische Militäroperationen zur Unterstützung der Separatisten wurden das Völkerrecht und die Nachkriegsordnung in Europa gebrochen, nach denen Grenzen nur mit friedlichen Mitteln und einvernehmlich neu bestimmt werden dürfen. Nun wird der Angriff auf das ganze Land ausgeweitet, erneut unter Bruch des Völkerrechts und internationaler Verträge. In diesem Krieg macht sich Russland schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Tausende sterben, Hunderttausende leiden, Millionen müssen fliehen: für imperialistisches und nationalistisches Machtstreben.

Für den brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine gibt es keine Rechtfertigung. Er erfüllt uns mit Entsetzen, Ratlosigkeit, Angst und Zorn. Unsere Solidarität gilt dem ukrainischen Volk und seiner frei gewählten Regierung.

Der Krieg war nie verschwunden aus Europa und seiner Nachbarschaft. Wir konnten nur leichter wegsehen als heute. Doch nun fordert uns dieser Krieg in besonderer Weise heraus, denn mit ihm wird die internationale Ordnung bewusst grundsätzlich in Frage gestellt. Wenn der Aggressor Erfolg hat, ist nichts und niemand mehr sicher. Das Recht des Stärkeren darf nicht über das Völkerrecht und die Lebens- und Freiheitsrechte der Völker triumphieren. Dieser Krieg muss auch völkerstrafrechtlich aufgearbeitet werden, indem Kriegsverbrechen geahndet und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir erkennen, dass wir im Interesse unseres Wohlstandes wegschauen, wenn wir Rohstoffe und Güter aus Staaten beziehen, in denen Menschenrechte verletzt werden und Gewalt ausgeübt wird. Mit dieser Haltung tragen wir zur Finanzierung dieses Krieges und anderer Kriege weltweit bei. Wir bekennen unsere Verstrickung und Schuld, bitten um Vergebung und wollen künftig Wohlstand nicht mehr auf Kosten von Menschenwürde und Menschenleben aufbauen. Eine Veränderung unseres Lebensstils soll einen Beitrag zu einem gerechten Frieden leisten.

Wir suchen als Christinnen und Christen Antworten auf diese Konfrontation der Weltgemeinschaft und ihrer Regeln. Wir haben keine fertigen Antworten, viele unserer bisherigen Gewissheiten sind erschüttert.

Wir sind dabei nicht zur Untätigkeit verurteilt. Die Menschen in der und aus der Ukraine brauchen unsere Unterstützung. Ihnen gilt unser Handeln, auch in den Nachbarländern, die die schwerste Last schultern.

Wir sind nicht ohne Hoffnung. Unser Glaube sagt uns, dass das Böse nicht siegen kann. Es kann Leid schaffen, aber das Leben nicht besiegen. Es wird wieder Friede sein. Es wird wieder Versöhnung geben. Aber beide – Friede und Versöhnung – werden nicht selbstverständlich sein, sondern Menschen brauchen, die ihnen den Weg bereiten, sie aufbauen und gegen neue Widerstände und Angriffe verteidigen.

Recht und Unrecht benennen

- Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Wir rufen die russische Regierung auf, sofort ihre Truppen abzuziehen und die Ukraine in Frieden ihren eigenen Weg gehen zu lassen.
- Wir bestreiten, dass es eine Rechtfertigung dafür geben kann, einen Angriffskrieg zu führen. Weder historische Ansprüche, politische Überzeugungen, nationale Kränkungen oder religiöse Gefühle noch angebliche militärische Bedrohung können Krieg und Gewalt legitimieren.
- Wir erkennen das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung an. Rechtserhaltende Gewalt im Sinne der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 schützt die Schwachen. Dieses Recht muss auch praktisch ausgeübt werden können; dazu braucht die Ukraine unsere Unterstützung.
- Wir sehen, dass dieser Krieg viele Opfer hat, nicht nur in der Ukraine: In Russland selbst wird die Diktatur immer härter, werden Andersdenkende unterdrückt. Die Nachbarstaaten geraten durch den Zustrom Geflüchteter an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Der Hunger in der Welt wird zunehmen, weil wichtige Ernten ausfallen und Handelswege blockiert werden. Alle werden verlieren.
- Uns ist wichtig, die Akte der Gewalt, die die russische Regierung und Militärführung begeht, nicht allgemein dem russischen Volk zuzurechnen. Russinnen und Russen in ihrer Heimat und im Ausland dürfen nicht aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert, ausgegrenzt oder angegriffen werden. Mit unserer ökumenischen und partnerschaftlichen Arbeit werden wir versuchen, dazu beizutragen, dass es den Herrschenden in Russland nicht gelingt, alle Brücken zwischen den Menschen dort und bei uns zerstören.
- Wir sind dankbar für jede russische und belarussische Stimme, die dem Krieg, der Kriegspropaganda und der gefährlichen Ideologie hinter beiden widerspricht. Dies gilt insbesondere für Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Soldaten, die sich der Ausführung verbrecherischer Befehle verweigern. Wir erkennen den Mut an, der mit solchem Widerspruch und Bekenntnis verbunden ist. Wer so handelt, gefährdet sich, aber auch seine Familie und nahestehende Menschen.
- Wirtschaftliche Sanktionen müssen so ausgestaltet sein und aufrechterhalten werden, dass Dialog und Druck zusammen den Krieg beenden. Wir wissen, dass wirksame Sanktionen auch uns belasten und Verzicht bedeuten, doch wir sind bereit, für den Frieden auch solche Belastungen zu schultern, wie sie sich etwa aus einem Importstopp von Gas, Öl und Kohle aus Russland ergäben. Dabei ist auf einen sozialen Ausgleich der Lasten zu achten.
- Angesichts des angekündigten Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. € setzen wir uns für eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Debatte darüber ein, wie sich die Demokratien in Deutschland und Europa künftig verteidigen könne. Wir fordern Gelder für Friedens- und Entwicklungsarbeit in angemessener Höhe

einzuplanen, da wir uns als EKBO zum biblischen Wort bekennen „Selig sind die Frieden stiften“ (Mt 5.9) um keinen neuen Militarismus den Weg zu ebnet.

Den Opfern des Krieges helfen

- Die Evangelische Kirche Berlin Brandenburg Schlesische Oberlausitz (EKBO) reaktiviert den Flüchtlingsfond zur Unterstützung des Engagements von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen in der Flüchtlingsaufnahme und stattet ihn mit insgesamt 1.500.000 € aus. Die Landessynode bittet die Kirchengemeinden und Kirchenkreise, die bestehenden Strukturen der Arbeit mit Geflüchteten aufrechtzuerhalten und auszubauen.
- Wir sind dankbar für die in unserer Gesellschaft und in unserer Landeskirche gelebte breite Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Ihre Aufnahme und Betreuung ist keine leichte und kurzfristige Aufgabe. Sie wird über viele Jahre Ressourcen binden. Wir stellen uns darauf ein, Solidarität zu üben, die uns etwas kostet.
- Gemeinsam mit den ökumenischen Institutionen und Gremien unterstützt die EKBO die Kirchen in der Ukraine in ihrem Beistand für die notleidenden Menschen. Wir stehen ebenfalls den Partnerkirchen in Polen und weiteren Nachbarländern der Ukraine bei ihrem Einsatz für die ankommenden Geflüchteten bei. Wir nehmen Kontakt zur ukrainisch-orthodoxen Kirche in Berlin auf, um sie bei der Aufnahme von Geflüchteten zu unterstützen. Wir bitten die russisch-orthodoxe Kirche in Deutschland, ihren Einfluss zur sofortigen und bedingungslosen Beendigung des Krieges geltend zu machen. Wir bitten um die Hilfe der christlichen Weltgemeinschaft bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die im Herbst in Karlsruhe tagt, den Krieg in der Ukraine und den Aufbau einer stabilen Friedensordnung in Mittel- und Osteuropa zu einem zentralen Thema zu machen.
- Die EKBO engagiert sich in der religiösen Begleitung und der Seelsorge der Geflüchteten. Sie bietet den orthodoxen Gemeinden in Deutschland die Nutzung ihrer Strukturen an. Sie organisiert Bildungsangebote für die Kirchengemeinden über die Orthodoxie in ihren verschiedenen Lebensäußerungen. Zur Seelsorge gehören auch sensible Angebote zur Traumabearbeitung.
- Die Landessynode bittet den Arbeitsbereich Migration und Integration, das Diakonische Werk, die Berliner Stadtmission sowie die Kirchenkreise und –gemeinden darum, sich für die zügige Integration der Flüchtlinge aus der Ukraine zu engagieren: Neben der Notversorgung müssen Bildungsangebote zum Spracherwerb bereitgestellt und Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen bzw. zur Weiterbildung entwickelt werden. Gemeinden werden gebeten, die Unterbringung in privaten Unterkünften gut zu begleiten und sich dafür einzusetzen, dass in der Betreuung der Geflüchteten auch Fachpersonal aus der Ukraine eingesetzt wird. Wichtig ist die Vernetzung der Aktivitäten im Rahmen der Diakonischen Werke mit kirchlichen Angeboten und mit den staatlichen und kommunalen Institutionen und Anlaufstellen.
- Die aktuelle große Not der Geflüchteten aus der Ukraine darf nicht zur Vernachlässigung der Notleidenden in und aus anderen Krisengebieten führen. Insbesondere fordern wir die Evakuierung der vielen Flüchtenden, die seit Oktober letzten Jahres an der polnisch-belarussischen Grenze ausharren. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Geflüchteten, die schon länger in unserem Land Schutz und Aufnahme suchen, nicht wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Kultur benachteiligt werden. Es darf keine Klassengesellschaft des Willkommens geben.

Für die Opfer des Krieges eintreten

- Wir sind froh und dankbar, dass sich so viele Menschen versammeln, um dem Krieg zu widersprechen, und hoffen, dass auch die Menschen in der Ukraine aus dieser sichtbaren Solidarität Kraft und Hoffnung gewinnen.
- Wir können vielen Opfern des Krieges nicht helfen. In unserer Ohnmacht bringen wir ihre Not vor Gott, ebenso wie unsere Ängste um eine weitere Eskalation des Krieges. Die Erfahrung der friedlichen Revolution hat uns gelehrt, dass das Gebet geschichtliche Wirkung entfalten kann. Als Christinnen und Christen beten wir auch für unsere Feinde.

Wir glauben an die Kraft Gottes. Mit seiner Macht müssen die Herrschenden dieser Welt rechnen. „Er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhöht die Niedrigen.“ (Luk. 1, 52)

Unsere Friedensethik weiterentwickeln

- Wir bringen unsere friedensethischen Überzeugungen weiter in die ökumenischen, gesellschaftlichen und internationalen Diskussionen ein. Dabei sind wir auch durch die Haltung der Leitung der russisch-orthodoxen Kirche herausgefordert, die bisher nicht bereit ist, zu einem sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand aufzurufen.
- Als „Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens“ stellen wir uns der Diskussion um den richtigen Umgang mit Krieg und dem Einsatz militärischer Gewalt. Sie muss noch intensiver geführt werden. Christliche Friedensethik ist offen für konsequenten Pazifismus und offen für Stimmen, die „dem Rad in die Speichen fallen“ wollen. Wir spüren, dass die strikte Ablehnung von Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete uns in ein moralisches Dilemma führt, auf das es keine Antwort ohne Schuld gibt.

Dr. Friederike Krippner und Dr. Claudia Ludwig
Vorsitzende der Ausschüsse Ökumene und GFB

Beschluss:

Von der Landessynode am 2. April 2022 mehrheitlich bei wenigen Enthaltungen beschlossen.

Harald Geywitz
Präsident